76. Jahrgang. Nr. 149

Mittwoch, 30. März 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25961
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 80 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Viermächtekonferenz Mitte nächster Woche

Brüning läßt sich durch v. Bülow vertreten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. März. Die Reichsregierung hat heute durch den Botschafter in London der englischen Regierung die Mitteilung zugehen lassen, daß sie die Einladung zu der von Macdonald angeregten Konferenz annimmt. Es handelte sich hierbei nur noch um die Erledigung eines Aktes von formaler Bedeutung, denn der englischen Einladung wurde im Prinzip bereits nach ihrer Uebermittlung an die deutsche Adresse zugestimmt. Von großer Wichtigkeit für die weitere Behandlung der mitteleuropäischen Frage ist naturgemäß die Tatsache, daß der französische Ministerpräsident Tardieu gegen Ende dieser Woche mit Macdonald in London zusammentreffen will. Da sich Tardieu von dem Finanzminister Flandin begleiten lassen wird, wird man auf englischer Seite ebenfalls den Finanzminister und seine Sachverständigen, daneben auch den Außenminister Sir John Simon hinzuziehen.

Es wird sich also eine ganz eingehende französisch-britische Besprechung ergeben.

Den Engländern ist es offenbar nicht ganz angenehm, daß ihrem Plan einer gemeinsamen Konferenz der Großmächte durch die Taktik Tardieus gewissermaßen ein Teil der in Frage stehenden Themen vorweggenommen werden soll, aber nachdem man der französischen Regierung eine Einladung für das Wochenende hatte zugehen lassen, konnte man das Eingehen Tardieus auf diese Einladung nicht zurückweisen. Wieweit es dem französischen Ministerpräsidenten gelingen wird, die englischen Widerstände gegen seinen Plan zu beseitigen, wird abzuwarten sein. In der Berliner Regierung nahestehenden Kreisen hört man die Meinung, daß es der „eigentlichen Großmächtekonferenz" schon gelingen würde, etwaige Erfolge Tardieus wieder rückgängig zu machen; man wird diese Ansicht aber wohl doch als nicht ganz hieb- und stichfest bezeichnen müssen. Sicher wäre es das beste gewesen, wenn der Reichskanzler und Außenminister Dr. Brüning ohne Rücksicht auf den Wahlkampf seine Dispositionen hätte treffen und sich zum Wochenende gleichfalls in London hätte einfinden können. **Nach dem bisherigen Stand des Meinungsaustausches zwischen Berlin, London und Paris hören wir, daß mit der Vorverlegung des Termins der Konferenz, der ursprünglich auf Ende nächster Woche angesetzt war, auf Mitte nächster Woche zu rechnen ist.**

Da der Reichskanzler für die kommende Woche seine Dispositionen getroffen hat — der Kanzler beabsichtigt nach Königsberg, Stettin und Hamburg zu reisen —, dürfte für Deutschland Staatssekretär von Bülow nach London fahren.

Eine gewisse Erschwerung erfährt die Angelegenheit der Großmächtekonferenz noch dadurch, daß seitens des italienischen Außenministers noch keine bestimmten Terminangaben vorliegen. Die italienischen Wünsche scheinen sich noch immer in der Richtung zu bewegen, daß die Konferenz in Genf abgehalten werden möge, wo die leitenden Staatsmänner ohnehin aus Anlaß der Abrüstungskonferenz sich demnächst versammeln.

Persönliche Einladung Englands an Tardieu

London, 29. März. Die englische Regierung hat am Dienstag dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu eine amtliche persönliche Einladung übersandt, zu einer Besprechung mit Macdonald und anderen englischen Ministern nach London zu kommen. In der Einladung wird als Zweck der Besprechungen die Erörterung wirtschaftlicher Fragen der Donauländer angegeben.

Englischerseits ist der kommende Montag als Tag der Zusammenkunft angeregt worden.

Die Absendung der amtlichen Einladung erfolgte im Anschluß an eine Besprechung, die der französische Botschafter in London, de Fleurian, im Foreign Office hatte.

Aus der Fassung der Einladung geht hervor, daß Macdonald lediglich die Donaufrage auf das Programm gesetzt hat. Sollte Tardieu den Wunsch haben, auch andere beide Länder interessierende Verhandlungsgegenstände zur Erörterung zu stellen, so soll ihm die Initiative hierzu überlassen bleiben.

Was die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufrage interessierten Mächte angeht, die englische Diplomatie vermeidet bewußt das Wort „Konferenz", so steht jetzt fest, daß sie durch den Besuch Tardieus eine Verschiebung erfahren wird.

London legt Wert darauf, daß die Zusammenkunft baldmöglichst nach der Aussprache Tardieu-Macdonald in London stattfindet. Die englische Diplomatie hält es für richtig, daß die Großmächte sich zuerst über die gemeinsamen Richtlinien einigen sollen, deren Durchführung sie dann den Donauländern empfehlen können. Eine Zusammenkunft in Genf, wie sie von Paris gewünscht wird, wird in London nicht für wünschenswert gehalten, da dort die Gefahr bestehe, daß auf französische Initiative hin die Donaumächte vorzeitig zu den Verhandlungen hinzugezogen werden könnten. Das sei nach englischer Auffassung untunlich. Immerhin ist die Londoner Diplomatie bereit, auch über andere Plätze als London für die Zusammenkunft der Vertreter der vier Großmächte zu verhandeln, wobei allerdings in Kauf genommen werden müsse, daß bei einer Ausschaltung von Genf Frankreich nicht durch Tardieu vertreten sein würde, der bereits seine Ansicht hierüber in London unzweideutig zum Ausdruck hat bringen lassen.

Es ist ferner die Ansicht Englands, daß außer dem Tardieuplan auch andere Donaupläne erörtert werden müßten.

Das Schicksal der Zusammenkunft der Vertreter der vier Großmächte wird wesentlich von dem Ergebnis der Aussprache zwischen Tardieu und Macdonald abhängen. In politischen Kreisen werden die Aussichten für einen Sieg der englischen Auffassung ziemlich pessimistisch beurteilt. Es werden bereits Zweifel geäußert, ob es Macdonald gelingen werde, gegenüber dem Widerstand Tardieus die Vier-Mächte-Konferenz zustande zu bringen.

*

Der Quai d'Orsay veröffentlicht am Dienstagabend eine amtliche Verlautbarung, in der es heißt: Ministerpräsident Tardieu wird sich am Sonntagnachmittag nach London begeben, um der Einladung Folge zu leisten, die er Anfang März von der englischen Regierung erhielt und die er sofort für die ersten Tage des Monats April angenommen hatte. Der Ministerpräsident wird auf seiner Reise von dem französischen Finanzminister Flandin begleitet sein. Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Flandin werden den Montag dazu benutzen, um mit ihren britischen Kollegen zu verhandeln. Sie werden am Dienstagvormittag wieder in Paris zurück sein.

Englands Initiative

In einem Augenblick, in dem es fast den Anschein hatte, als ob das englische Konzentrationskabinett konservativer Prägung mit seinen sozialistisch-liberalen Außenpolitikern Macdonald und Sir Simon selbst in der Tributfrage sich stark Frankreich nähern würde, kommt die überraschende Kunde, daß das Inselreich sich wieder stark genug für eine eigene Politik hält. Die wirtschaftliche Schwäche, die zur Aufgabe des Goldstandards führte und für mehrere Monate auf jede politische Initiative Verzicht leisten ließ, scheint fast völlig überwunden zu sein. Das bedeutsamste Zeichen dafür ist das energische Eingreifen Englands in die Donaupolitik des französischen Ministerpräsidenten, die in Paris, nach den Blätterstimmen zu urteilen, starke Ueberraschung und peinliches Befremden erregt hat. Es wird auch den französischen Imperialisten langsam klar, daß der Tardieuplan ein Fehlschlag war. Frankreichs Versuch, die österreichischen Nachfolgestaaten samt Polen, den baltischen Randstaaten, Rumänien und Südslawien politisch völlig an sich zu ketten, ist an den ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorläufig gescheitert. Damit ist zugleich ein Stückchen Versailler Friedensdiktat an seiner inneren Unlogik zugrunde gegangen. In den Pariser Vorortsverträgen hat man vor dreizehn Jahren den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum zerschlagen, um in den neuerstandenen Nachfolgestaaten dankbare Satrapien zu erhalten, auf deren Bundestreue Frankreich seine Vorherrschaft in Europa begründen und die zweite Einkreisung des ohnmächtigen Deutschen Reiches vollenden konnte. Allerdings haben die französischen Politiker nicht bedacht, daß dieses mitteleuropäische Gebiet eine harmonische Wirtschaftseinheit in agrarischer und industrieller Arbeitsteilung darstellte. Nationale Eifersüchteleien, aus denen eigene, sinnlose, die Steuerzahler belastende Treibhausindustrien erwuchsen, neue Zollschranken und Grenzen, die rücksichtslos aufeinander angewiesene Wirtschaftsgebiete in blutende Teile zerrissen, neuentstandene Münzsysteme und die unvermeidlichen Inflationen haben das Wirtschaftsgebiet Mitteleuropas auf das schwerste zerrüttet. Sinnlose Rüstungen der einzelnen Nachfolgestaaten, die lediglich im Interesse Frankreichs lagen, brachten zunächst Pariser Anleihen und täuschten eine Wirtschaftskraft vor, die nicht vorhanden war. Aber schließlich müssen Anleihen auch verzinst werden. Die Möglichkeit dazu war aber einmal durch die Einstellung der deutschen Tribute an Jugoslawien und Rumänien und zum zweiten durch die zunehmenden Absatzschwierigkeiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse erschöpft. Die Kaufkraft des einstigen Hauptabnehmers, Deutschland, war durch die Reparationen und das Friedensdiktat zerstört worden. Hinzu kam die nationale Zerrissenheit der Nachfolgestaaten, die ihre eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bis zur Ohnmacht schwächte. Der politische Bundesgenosse, Frankreich, erwies sich jedoch als ein hartnäckiger Gläubiger, der unbarmherzig auf seinen Zinsen bestand und von neuen Anleihen wenig wissen wollte, zugleich aber als Abnehmer des Getreide-, Wein- und Viehüberflusses der Donaustaaten infolge seiner eigenen ausgeglichenen Volkswirtschaft nicht in Frage kam. Das politische System von Versailles, das Deutschlands Kaufkraft vernichtete, mußte damit auch diejenigen Staaten, die ihm ihr Leben verdanken, wirtschaftlich ruinieren. Die Folge der Verarmung Mittel- und Südosteuropas einschließlich Deutschlands war jene gefährliche Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise, unter der heute alle Staaten der Welt auf das bitterste leiden. Man kann das Problem drehen und wenden, wie man will, immer wieder zeigen sich Versailles und die Tribute als Ursprung des allgemeinen Elends. Auch den Donaustaaten konnte auf die Dauer nicht verborgen bleiben, daß wichtiger als die politische Freundschaft mit Frankreich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sind. Diese erfordern aber Zusammenarbeit mit Deutschland in einem großen mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis. Nur diese Lösung, nicht das nebelhafte Paneuropaideal unter Frankreichs militärischem Uebergewicht, konnte dem zerrissenen Donauraum die wirtschaftliche Gesundung bringen.

Der Plan des französischen Ministerpräsidenten Tardieu, der auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Donaustaaten einschließlich Polens und der baltischen Randstaaten unter französischem Protektorat hinauslief, hatte den Zweck, die drohende Abkehr des mitteleuropäischen Raumes von dem Bündnis mit Frankreich rechtzeitig zu verhindern, indem er den wirtschaftlichen Widersinn dieses Bündnisses durch eine Zollunion der Staaten untereinander vorläufig zu überdecken suchte. Tardieu war sich der Schwierigkeiten selbst wohl nur zu gut bewußt, aber er wollte für Frankreich die Situation noch retten, ehe der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch der Donaustaaten die Lebensfremdheit des Versailler Systems auch für den blindesten Franzosen in Prag oder Belgrad offenbaren mußte. Es zeigte sich je-

Schlag Frankreichs gegen deutsche Waren

Annahme der Einfuhrsondersteuer im Senat

Paris, 29. März. Der Senat hat heute vormittag nach längerer Aussprache die Sondersteuer für ausländische Waren, von der die Regierung eine Einnahme von vier Millionen Franken erwartet, angenommen. Mit Bezug auf die Bedenken wegen der möglichen Gegenmaßnahmen ausländischer Regierungen erklärte der Finanzminister, es handele sich nicht um Schutzmaßnahmen gegen irgendwelche ausländische Erzeugnisse, sondern um einen Ausgleich zwischen der Besteuerung französischer und ausländischer Waren, da die französischen Erzeugnisse wegen der auf ihnen lastenden Umsatzsteuer gegenüber den ausländischen Waren sonst benachteiligt wären. Die Steuer bekämpfe den Mißbrauch, der mit der Einfuhr getrieben werde; sie sei kein verschleierter Schutzzoll und werde keine Rückwirkungen auf den Außenhandel haben, sei aber für das Budgetgleichgewicht unerläßlich.

Welche enorm hohen Steuern könnte da Deutschland zum Ausgleich insbesondere auf französische Luxuswaren erheben. Die Steuer ist selbstverständlich nichts weiter als ein neuer Schutzzoll und macht Gegenmaßnahmen notwendig.

Die Industrie zur Devisenlage

Berlin, 29. März. Wie verlautet, hat man sich im Reichsverband der deutschen Industrie eingehend mit der Frage befaßt, welche Folgerungen aus dem Rückgang des deutschen Ausfuhrüberschusses zu ziehen sind. Man ist zu der Ansicht gekommen, daß die jetzige Devisenlage Deutschlands einen bestimmten Devisenbestand zur Sicherung der deutschen Ernährung, des notwendigen Rohstoffbezuges und der Verpflichtungen aus dem Kapitaldienst notwendig mache. Dieser Aufgabe vermag die jetzige Form der Devisenbewirtschaftung jedoch nur mangelhaft zu entsprechen.

Die Handelspolitik müßte daher auf das devisenpolitische Ziel der Schonung des Devisenvorrates abgestellt werden.

Es wäre eine zentrale Regelung der Einfuhr mit gleichzeitiger Festsetzung von autonomen Warenkontingenten anzustreben. Die Maßnahmen sollten so elastisch wie möglich getroffen werden, damit eine spätere schnelle Rückbildung zur freien Wirtschaft möglich bliebe.

Am Donnerstag wird sich der handelspolitische Ausschuß des Reichsverbandes voraussichtlich endgültig über die der Reichsregierung zu machenden allgemeinen wirtschaftspolitischen Vorschläge schlüssig werden.